

Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Claudia Jung, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Manfred Pointner, Markus Reichhart, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Berichtsantrag zum Tod des Iraners Mohammed R. in Würzburg

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, folgende Fragen, die im Zusammenhang mit dem Tode des Iraners Mohammed R. in der Gemeinschaftsunterkunft (GU) in Würzburg stehen, zu beantworten:

1. Was führte letztendlich die Ursache für seinen Suizid, da Mohammed R. laut Medienberichten als sehr kontrollierter Mensch beschrieben wurde, der keinen Alkohol trank, keine Zigaretten rauchte und regelmäßig Sport trieb?
2. Welche Voraussetzungen hätten vorliegen müssen, damit er vorher zu seiner Schwester nach Köln hätte fahren können? In den Medien wird das Fehlen eines Attestes über ein psychiatrisches Krankheitsbild genannt. Welches Attest legte er konkret vor und was war der Inhalt?
3. Die GU in Würzburg hat insgesamt 14 verschiedene Bausteine innerhalb der Asylberatung (siehe SA vom 18.01.2012). Welche dieser Angebote hat Mohammed R. angenommen und welche nicht?
4. Ist es richtig, dass Asylbewerber im Rahmen der sogenannten „Umverteilung“ nur dann in andere Gebiete in Deutschland umziehen können, wenn es um die Zusammenführung von Ehepaaren oder Eltern und Kindern geht? Wenn ja, warum ist eine Zusammenführung nicht unter Geschwistern möglich?
5. Wie viele Bewohner der GU in Würzburg haben psychische bzw. posttraumatische Störungen und in welche Weise werden diese behandelt?
6. Inwieweit gibt es einen Zusammenhang zu der Dauer des Aufenthalts in der GU und solchen psychischen Störungen (laut einer Anfrage zum Plenum vom 13.12.11 leben 40 Personen länger als 5 Jahre und 4 Personen länger als 15 Jahre in der GU in Würzburg)?
7. Welche Änderungen plant die Staatsregierung, um Asylbewerber mit solchen Belastungen, noch mehr als bisher, auch im Sinne einer Prävention, vorab zu unterstützen?
8. Wie steht die Staatsregierung zu der Forderung von Bischof Hofmann (MP, 04.12.2011), der die Verkürzung der Aufenthalte in den GU fordert?